

Arbeitstagung Gemeinschafts- und Regionalschulen am 2. März 2009 in Rendsburg

(redaktionell überarbeitete Fassung)

- Durch die **zusätzliche tägliche Mehrarbeit** kommt die Schule nicht dazu, **Schulentwicklungsarbeit**
(**Personalentwicklung, Kollegien zusammenführen und kennenlernen, Stärken und Ängste als Leitung kennenlernen und Ernst nehmen, „wir sind nicht mehr 18 sondern 58 Kollegen“, „feindliche Übernahme führt zur inneren Kündigung, zwei Schulen hatten zwei Portraits, Feste, Gepflogenheiten, Schulordnungen, Schulprogramme, außerschulische Kontakte etc.)** zu leisten.
 - VERA 3/ 6 /8: Vergleichsarbeiten z.T. verpflichtend
 - Zentrale Probeabschlussarbeiten HS und RS mit Rückmeldebitte
 - NZL: Niemanden zurücklassen – Leseförderung mit Rückmeldeverpflichtung
 - PISA
 - Pilotierung VERA 9/10
 - Überprüfung Bildungsstandards in ausgewählten Klassen
 - **Entwicklung schulinterner Fachcurricula und Wahlpflichtunterricht ab Klassenstufe 7** – Jede Schule für sich allein
 - **Pädagogische Konzepte** entwickeln und regelmäßig evaluieren, **ohne dass Eckpunkte** bekannt gegeben werden, führen zu **unnötiger Mehrarbeit**
 - **Infoabend** für zukünftige 5. Klassen
 - **Fortgang** in der **GemS 7** – WPU, 2. Fremdsprache
 - Durchführung der **Prüfungen** unter teilweise völlig **neuen Bedingungen**
 - Abschlussprüfung HS und RS – umfangreiche FAQ-Liste wird zur Interpretation der Verordnungen nachgereicht
 - Abschlussprüfung HS für Realschüler
 - Themenorientierte Projektarbeit
 - Praktische Prüfungen in Englisch
 - Unterschiedliche Prüfungstermine für Schüler in Schulen mit und ohne Oberstufe
 - neue Zeugnisverordnung - umfangreiche FAQ-Liste wird zur Interpretation der Verordnung nachgereicht; zu diesem Zeitpunkt mussten alle Schulen ihre Halbjahreszeugnisse und Formulare fertig haben – in der FAQ-Liste wurden dann zur Beschreibung des allgemeinen Lernverhaltens und des Sozialverhaltens plötzlich enge Grenzen gezogen. Schulämter und IQSH machten unterschiedliche Aussagen zur rechtlichen Gültigkeit der im Kollegium erarbeiteten Zeugnisse.
 - Erstellung der Formulare in digitaler Form – Schulverwaltungssoftware – kostenaufwendig für die einzelne Schule
 - Nachprüfungen in den Ferien
- **Zusätzliche Verwaltung**

- **Offene Ganztagschule** – Erlaubnis – Einrichtung – Finanzierung – bauliche Maßnahmen (Mensa) - personelle Besetzung – Öffentlichkeitsarbeit -
- **Besoldung** und **Leistungszeit** der **Schulleitung** unzureichend – aus zwei Schulleitungen zweier Schularten muss eine Schulleitung (Leiter und ein ständiger Vertreter) für ehemals vier Bildungsgänge und deren Probleme gebildet werden.
- Ein riesiges Schulrechtsspektrum muss erarbeitet werden.
- **Mehrere Standorte** fressen Zeit und ergeben unterschiedliche Probleme (z.T. zwei Schulträger)
- **Baumaßnahmen** beeinträchtigen den Schulalltag (Lärm, gesperrte Bereiche) und binden Zeit der Schulleitung bei der Planung und Baudurchführung
- **Planstellenverteilung** unklar – GemS-Klassen mit fester Stundenvorgabe, Doppelbesetzung- in HS- und RS-Klassen weniger Wochenstunden möglich; Eltern merken das auch und fragen nach
- **Räumliche Ausstattung** hängt vom Schulträger ab (keine Vorgaben), Schulbauförderrichtlinien außer Kraft argumentieren Schulträger und daher nicht anzuwenden
- **Zusammenarbeit** mit **Schulamt und MBF** – Zuständigkeiten klären, Gemeinschaftsschulen unterliegen doppelter Betreuung
- Gekürzt wird in den Schulen nicht bei Grundschulen und GemSchulen, wo dann?
- **Binnendifferenzierung** schafft zusätzlichen Bedarf an Lehr- und Lernmitteln, sowie Räumen. Lehrkräften der Realschulen fehlt die Erfahrung und klagen bei ein-und zweistündigen Fächern über enorme Probleme
- **Schülerbeförderung** über Kreisgrenzen nicht überall koordiniert
- **Koordinatorenbesoldung** teilweise nicht logisch (Förderschullehrer/Grundschullehrer)– Beurteilung für Koordinatoren erstellen; unterschiedliche Informationen zum Auswahl- und Besetzungsverfahren, die Ausschreibung des MBF im NBL. war völlig unzureichend, weil keine schulspeziellen Bedingungen oder Qualifikationen gefordert wurden.
- **Fehlende Internetanbindung** schafft unnötige Arbeit. (Schulträger ist dafür verantwortlich) – Argumentation: Wer die Musik bestellt, muss auch bezahlen. Stark gestiegene Papier- und Kopierkosten durch die Flut von Emails und Anlagen.
- **Emailflut** erfordert zeitaufwendigen Überblick durch die Schulleitung, viele Emails mehrfach, mehrfach korrigiert, ohne Betreff, für die Schulart nicht zutreffend, Verteiler an alle ist nicht zielorientiert; Schulämter fühlen sich aufgerufen, alles ein zweites Mal zu versenden.
- Erschwerte **Verhandlungen** mit den **Schulträgern** wegen steigender Kosten durch offene Ganztagschule, Binnendifferenzierung
- Mühsame **Personalbeschaffung** durch die einzelne Schule – nicht Schulamt –
- **dezentrale Ausschreibungen** werden unterschiedlich gehandhabt: Wer darf sich bewerben? Warum dürfen sich andere Laufbahnen auch in dem Fall nicht bewerben, wenn keine ausschreibungsgerechte Bewerbung eingegangen ist? Bewerbungen von Kollegen, die bereits im Schuldienst sind, werden hintenherum auch akzeptiert.

- **Kommunikationsstränge**

- **Neue Dienststellennummern** wurden den Schulen nicht mitgeteilt
- **Passwörter** passen dann nicht
- **Neue Kollegien** müssen in neuen Räumlichkeiten zusammenfinden – Dabei stoßen teilweise Welten aufeinander – Fachlehrerprinzip an der RS – Jeder kann alles an der HS – Das baut Spannung und Frust auf
- Info über **Zuweisung** neuer **Lehrkräfte** erfolgt unzureichend
- Teilweise **zwei Sekretariate** in räumlicher Trennung
- **Höheres Maß** an **Kommunikation** innerhalb der Schulleitung erfordert wesentlich **mehr Leitungszeit**. Die Arbeit mit den **Koordinatoren** ist neu und erfordert mehr Zeit. Ein Geschäftsverteilungsplan muss erarbeitet werden.
- **Von keiner Seite wird Unterstützung gewährt**. Das IQSH hält hin und wartet auf Arbeitsergebnisse der Schulen.
- Die **Emailflut** bindet Arbeitskraft – ohne Betreff und Datum

- **Diverses**

- **Unzählige Arbeitsgruppen** arbeiten teilweise ohne verbindliche Vorgaben. Ergebnisse können dann nicht genutzt werden
- **Hoher Erwartungsdruck** aller Gremien an den unmittelbaren Erfolg
- **Finanzierung** für z.B. **Förderprojekte** werden durch Berichte erschwert
- Das **Führen der auslaufenden Zweige** mit teilweise neuen Ordnungen erschwert die Arbeit (s.o.)
- **Projektarbeit** teilweise **Neuland**. Umsetzung, Information der Eltern und Schüler, schulrechtliche Bedeutung, Kriterienkataloge zur Bewertung müssen an jeder Schule neu erarbeitet werden.
- Falsche Berechnungen für **Planstellenzuweisungen** kosten Zeit
- Führen einer **Außenstelle** mit evtl. zwei Schulträgern erfordert Zeit
- Die **Fortbildungsveranstaltungen** sind in keiner Weise geeignet, die Lehrkräfte fortzubilden. Meistens wird dort vom IQSH nur Material gesammelt, das dann irgendwann wieder in die Schulen kommt.
- Für **Vertretung** gibt es nur Angestellte mit befristeten Verträgen, fast nur mit erstem Staatsexamen
- GHS-Standorte haben Probleme bei der Umwandlung zur RegSchule bei 42 Anmeldungen.
- Die **Gemeinschaftsschulen** müssen ständig beweisen, dass sie „**gymnasialfähig**“ sind und gleichzeitig die schwachen Schüler fördern. Gleiches gilt für RegSchulen und ihre „Realschul-tauglichkeit“
- „**Inklusion**“ schafft neue Probleme
- Ständige weitere „Innovationen“ schaffen Unruhe und Unlust

- Die Einführung der Gemeinschafts- und Regionalschulen ohne Vorlauf hat diese Probleme beschert und führt zunehmend zu Burn-out-Erscheinungen in der Schulleitung und in den Kollegien. In der Wirtschaft käme bei Umstrukturierungsmaßnahmen dieser Art eine Gruppe von Fachleuten in den Betrieb, um die Umstrukturierung zu begleiten.

- Im Ministerium fehlt eine Koordinierungsstelle zur Steuerung der verschiedenen Aktivitäten der unterschiedlichen Abteilungen des MBF. Es sind von hier aus auch klare Zuständigkeiten von Schulamt, IQSH und MBF festzulegen.

Maßnahmen zur Entlastung der Kollegien

- **Zeitliche Entlastung der Schulleitung und der Kollegien bei Umstellung auf Gemeinschafts- und Regionalschule für die Zeit von 3 Jahren**
 - **Freistellung des Schulleiters** von der Unterrichtsverpflichtung
 - Freistellung des ständigen Vertreters in höherem Maße als jetzt
 - **Reduzierung der Stundenverpflichtung** aller Kollegen von 4 Stunden
 - **Umwandlung von Planstellenanteilen in Systemzeit** mit verpflichtender Anwesenheit der Lehrkräfte in der Schule
- **Erarbeitung von Grundgerüsten** von Vorlagen durch Gremien, z.B. Fachcurricula, Zeugnissen etc.
- **Gemeinsame Aktionen** der Schulen
- **Gemeinsame offensive Kommunizierung** der Probleme mit den Eltern
- **Konzentration auf die Kernaufgaben unter Hintanstellung weniger wichtiger Aufgaben**